

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL  
Sitzung vom 18. Juni 2015

Gesch. Nr. 041/15

## **16.04.233 Gemeindeorganisation; Interpellationen**

### **Interpellation Michael Käppeli, FDP, und Mitunterzeichnende, betreffend Herausforderungen im Sozial- und Gesundheitswesen / Begründung durch den Urheber / Substantielles Protokoll**

[...]

#### **7. GESCHÄFT-NR. 041/15**

##### **Interpellation Michael Käppeli, FDP, und Mitunterzeichnende, betreffend Herausforderungen im Sozial- und Gesundheitswesen – Begründung**

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 21. Mai 2015 folgenden Vorstoss ein:

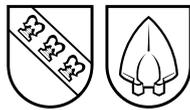
#### **Interpellation: Herausforderungen im Sozial- und Gesundheitswesen**

Die kontinuierlichen Kostensteigerungen im Sozial- und Gesundheitswesen der letzten Jahre bezeichnet der Stadtrat als „*besorgniserregend*“. Sie belasten den städtischen Finanzhaushalt stark. Im Voranschlag 2015 machen die Ausgaben für Soziales und Gesundheit rund 30% des Gesamtaufwandes aus. Grossmehrheitlich, so der Stadtrat, handelt es sich bei den Gesundheits- und Sozialausgaben um gebundene Ausgaben wie z.B. diejenigen für Sozialhilfe, Pflegefinanzierung oder auch für AHV/IV-Zusatzleistungen.

Angesichts der kontinuierlichen Kostensteigerung im Sozial- und Gesundheitswesen drohen andere ebenfalls wichtige und wertvolle Leistungen der Gemeinde zugunsten der Bevölkerung verdrängt zu werden. Folgerichtig hält denn auch der Stadtrat im Schwerpunktprogramm 2014-2018 fest, dass im Sinne einer langfristigen Planung das *Aufzeigen von Massnahmen erforderlich* sei, mit welchen der zunehmenden finanziellen Belastung entgegengewirkt werden könne. Ein möglicher Ansatz bei der Ideensuche kann sein, *Vergleiche mit anderen Gemeinden* anzustellen. Denn Studien zeigen, dass die Gemeinden ihre begrenzten Spielräume im Sozial- und Gesundheitswesen unterschiedlich nutzen. Wie Illnau-Effretikon im Vergleich mit anderen Gemeinden abschneidet ist von öffentlichem Interesse. In diesem Zusammenhang sowie mit Blick auf eine parlamentarische Diskussion der geplanten Massnahmen des Stadtrates im Sozial- und Gesundheitswesen interessieren uns folgende Fragen:

#### **Fragen zur Sozial- und Gesundheitspolitik von Illnau-Effretikon**

1. *Sozialhilfe-Vergleichsstudie*: 15 Zürcher Gemeinden, darunter Illnau-Effretikon, haben 2014 an einer Vergleichsstudie des Statistischen Amtes des Kantons Zürich teilgenommen. Die Sozialhilfestudie scheint grosse Unterschiede zwischen den Gemeinden hervorgebracht zu haben (z.B. bei der Bezugsdauer der Sozialhilfe, bei Rückforderungen von unrechtmässig bezogenen Sozialhilfeleistungen oder auch bei Sanktionen in Bezug auf rentente Sozialhilfebezüger). Wie schnitt unsere Gemeinde in der Sozialhilfestudie im relativen Vergleich ab? *[Bitte Studienergebnisse für Illnau-Effretikon beilegen. Sollte der Stadtrat über weitere Gemeindevergleiche verfügen, bitte auch diese der Antwort beilegen.]*
2. *Übergeordnete Rechtserlasse und Richtlinien*: Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hat von Anfang Februar bis Mitte März 2015 eine verbandsinterne Vernehmlassung zu den SKOS-Richtlinien, die per 1. Januar 2016 teilrevidiert werden sollen, durchgeführt. Mit welchen Rückmeldungen hat sich der



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Juni 2015

Stadtrat in diese Vernehmlassung insbesondere zu Grundbedarf, finanziellen Anreizen und Sanktionsmöglichkeiten eingebracht?

3. *Stadträtliche Sozial- und Gesundheitspolitik:* Der Stadtrat kündigt in seinem Kommentar zur Jahresrechnung 2014 an, dass er sich in überkommunalen Gremien für eine gerechtere Verteilung der Soziallasten einsetzen wird. Welche Anträge wird der Stadtrat in welches überkommunale Gremium einbringen? Wie beurteilt der Stadtrat die Erfolgchancen für seine Anträge?

### **Fragen zu konkreten Massnahmen des Stadtrates**

4. *Sozialhilfe:* Die Sozialhilfe hat zum Ziel, dass Sozialhilfebezüger schnellstmöglich wieder selbstständig für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Illnau-Effretikon versucht dieses Ziel mit verschiedenen Arbeits- und Integrationsmassnahmen zu unterstützen (z.B. TransferCoaching, Integro, Etcetera). Was läuft bei diesen Programmen gut? Wo stossen die Massnahmen der öffentlichen Hand an Ihre Grenzen?
5. *Pflege/Spitex:* Sieht der Stadtrat in einem Spitex-Zusammenschluss mit Lindau sowie einer allfälligen Integration der Spitexdienste ins alterszentrum Bruggwiesen (AZB) als zukünftiges Gesundheitszentrum Optimierungspotenzial bei der Leistungserbringung? Falls ja, welche Synergiegewinne liessen sich a) durch einen Spitex-Zusammenschluss und b) zusätzlich durch eine Integration der Spitexdienste ins AZB erzielen?
6. *AHV/IV-Zusatzleistungen:* Dem Stadtrat bereitet das massive Wachstum der Ergänzungsleistungen Sorge (diese machen mittlerweile bei jährlichen Auszahlungen von total Fr. 9 Mio. knapp 10 % der Gesamtausgaben der Stadt aus). Hier gilt es, so der Stadtrat in seinem Kommentar zur Jahresrechnung 2014, zu prüfen, welche Massnahmen ergriffen werden können. An welche Massnahmen – über die bereits angekündigte Streichung des kommunalen Gemeindegremiums hinaus – denkt der Stadtrat und bis wann sollen diese wirksam sein?

Urheber: Gemeinderat Michael Käppeli, FDP

Mitunterzeichnende: Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP  
Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP  
Gemeinderätin Katharina Morf, FDP  
Gemeinderat Peter Stiefel, FDP

Eingang Ratsbüro: 22. Mai 2015

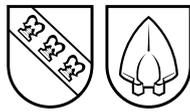
### **FORMELLES**

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Interpellation taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Interpellation gemäss Art. 75 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.

### **BEHANDLUNG IM RAT**

*Interpellant Gemeinderat Michael Käppeli, FDP,* schreitet zur Begründung des vorliegenden Vorstosses im Sinne von Art. 77 Abs. 1 GeschO GGR. Er behündigt sich zur Illustration einer visuellen Projektion, die sich im Anhang zu diesem Protokoll findet.

Illnau-Effretikon erbringe, wie andere Gemeinden auch, vielfältige Leistungen im Sozial- und Gesundheitswesen. Wertvolle Leistungen, das sei auch namens der FDP betont, die eine hohe Bedeutung für unseren schweizerischen Sozialstaat haben.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Juni 2015

Dem Geschäftsbericht 2014 könne entnommen werden, dass die Anzahl Personen, die Sozialhilfe beziehen, mit 284 Fällen einen neuen Höchststand erreicht habe. Auf Sozialhilfe angewiesen seien vor allem Bezüger/innen, die über keine oder lediglich eine mangelhafte berufliche Ausbildung verfügen. Dem versammelten Plenum leuchte darum sofort ein, dass Programme zur Arbeitsintegration und -vermittlung von zentraler Wichtigkeit seien. Mit Respekt habe Gemeinderat Käppeli denn auch im Geschäftsbericht gelesen, dass es der Firma Steco Studer letztes Jahr gelungen sei, immerhin für fast die Hälfte der von ihr gecoachten Personen eine Lösung zu finden.

Der Geschäftsbericht würde aber nicht bloss Zahlen zur Sozialhilfe enthalten, sondern dieser gäbe auch ein paar Fakten zum Asylwesen sowie in Sachen Zusatzleistungen zur AHV/IV bekannt:

- 2014 betreute Illnau-Effretikon im Durchschnitt 78 Asylsuchende.
- Zudem profitierten 512 Personen von AHV/IV-Ergänzungsleistungen, wobei es sich bei über der Hälfte der Bezüger/innen um Betagte handle. Zur Spitex stehe im 130-seitigen Geschäftsbericht leider lediglich ein einziger Satz; diese beschränke sich auf die Auskunft, wonach die Zusammenarbeit sehr zufriedenstellend verlaufe. Dazu möchte Käppeli gerne mehr erfahren und erlaubt sich daher, eine Frage der Interpellation der Spitex zu widmen.

Alle diese wichtigen Massnahmen im Sozial- und Gesundheitswesen hätten ihren Preis. Ein Preis, der in den letzten Jahren stetig gewachsen sei und heute die Finanzhaushalte vieler Gemeinden stark belaste.

In Illnau-Effretikon seien allein 2014 die Kosten in den beiden Ressorts Soziales und Gesundheit um rund eine weitere Million angestiegen. Dieser substantielle Anstieg drohe andere, ebenfalls wichtige Leistungen zugunsten der Bevölkerung zu verdrängen.

Wenig überraschend bezeichne denn auch der Stadtrat die kontinuierlichen Kostensteigerungen im Sozial- und Gesundheitswesen als besorgniserregend.

Um der zunehmenden Finanzbelastung entgegenzuwirken, so der Stadtrat im Schwerpunktprogramm 2014 – 2018, sei das Aufzeigen von Massnahmen erforderlich.

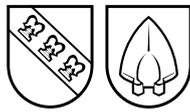
Eine anspruchsvolle Aufgabe, um Käppeli den Stadtrat nicht beneide. Denn man sei sich hoffentlich einig: Bei aller finanzpolitischen Strenge; die Massnahmen dürften nicht die Falschen treffen!

Das Gemeinwesen lebe von der Solidarität. Auch in Illnau-Effretikon leben ältere und jüngere Menschen, Gesunde, Kranke und Behinderte, reichere und weniger gut betuchte Leute. Wer in unserer Gesellschaft auf staatliche Hilfe angewiesen sei, soll diese auch erhalten. Gleichzeitig soll der Staat zum Schutze derjenigen, die staatliche Leistungen zu Recht beziehen, Missbrauchsfälle (ausgeübt durch ein paar Wenige) konsequent und restriktiv bekämpfen. Würde dies nicht getan, werde jenen Schaden zugefügt, die auf staatliche Unterstützung angewiesen seien. Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, sollen auf die Solidarität zählen dürfen. Indem die Sozialhilfe als ‚letztes Rettungsnetz‘ materielle Not verhindere, trage sie zum sozialen Frieden und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Die staatliche Unterstützung von Hilfsbedürftigen soll mit Augenmass und - wo immer möglich - als Hilfe zur Selbsthilfe angeboten werden. Dafür seien gesunde Anreize zu schaffen. Darauf ziele die Politik der FDP ab. Sie vertraue darauf, dass die Illnau-Effretiker Behörden gute, mutige und konsequente Arbeit leisten. Dazu erlaube sich die FDP nun ein paar Fragen zu stellen.

Zur Sozialhilfe:

Anfang März war den Medien zu entnehmen, dass 15 ausgewählte Zürcher Gemeinden – darunter Illnau-Effretikon – letztes Jahr dem Statistischen Amt des Kantons Zürich verschiedene Sozialhilfedaten zur Verfügung gestellt hätten. Eine darauf basierende Sozialhilfe-Vergleichsstudie habe offenbar grosse, erklärungsbe-



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

Sitzung vom 18. Juni 2015

dürftige Unterschiede zwischen den Gemeinden hervorgebracht. Scheinbar würde die Gemeinden ihren Spielraum

- bei der Bezugsdauer der Sozialhilfe,
- bei Rückforderungen von unrechtmässig bezogenen Sozialhilfeleistungen oder auch
- bei Sanktionen in Bezug auf renitente Sozialhilfebezüger unterschiedlich

nutzen.

Nur wenige Gemeinden hätten sich bereit erklärt, diese Unterschiede und Kennzahlen zu erklären und Stellung zu beziehen. Viele Gemeinden hätten Auskünfte mit der Begründung verweigert, wonach die Studie vertraulich sei.

Die FDP stehe ein für eine transparente Politik und taxiert Geheimniskrämerei als nicht förderlich. Gemeinderat Käppeli möchte wissen, wie gut die Stadt Illnau-Effretikon im Vergleich abgeschnitten hat. Man erwarte vom Stadtrat, dass er Parlament und Öffentlichkeit über die Studienergebnisse zu Illnau-Effretikon informiere.

Apropos Informationsbedürfnis: Ebenfalls kürzlich war zu vernehmen, dass die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS, im ersten Quartal dieses Jahres eine Vernehmlassung zu den ihren (SKOS-) Richtlinien durchgeführt habe. Die Richtlinien sollen per 1. Januar 2016 angepasst werden, wofür die SKOS zehn Empfehlungen vorbringe. Unter anderem empfehle die SKOS:

- Der Grundbedarf für alle Haushaltsgrössen soll auf heutigem Leistungsniveau belassen werden. Reduziert werden soll er hingegen für junge Erwachsene bis 25 Jahre.
- Bei unkooperativen Sozialhilfe-Bezügern soll neu der Grundbedarf bis zu 30 % gekürzt werden können – bisher ist die Kürzungslimite bei 15 % gelegen. Eine renitente Person könnte damit nach den angepassten Richtlinien lediglich noch rund Fr. 650.- anstatt der bisherigen rund Fr. 1'000.- im Monat erhalten.
- Anreizelemente (wie Einkommensfreibetrag und Integrationszulagen) sollen in heutiger Form und Höhe belassen werden.

Die SKOS halte fest, dass die Richtlinien den Gemeinden Handlungsspielraum gewähren sollen, um individuellen Situationen und lokalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

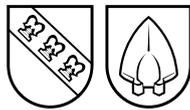
Die FDP interessiere es, wie sich der Stadtrat in der Vernehmlassung über die SKOS-Richtlinien geäussert habe und wie er sich zu den zwischenzeitlich bekannt gewordenen Empfehlungen der SKOS stelle.

Die beste Hilfe sei die wirksame Hilfe zur Selbsthilfe. Dazu zählen bei arbeitslosen Sozialhilfebezügern gezielte Arbeitsvermittlungsprogramme und Coachings. Gerade diese Programme seien effektiv auszugestalten.

Dass es der Firma Steco Studer letztes Jahr gelungen sei, immerhin für fast die Hälfte der von ihr gecoachten Personen eine Lösung zu finden, sei nach Erachten der FDP erfreulich. Ein Fragezeichen sei nun beim Programm ETCETERA aufgetaucht. Während im Geschäftsbericht von einem guten, stabilen Ergebnis zu lesen sei, entnehme man im Widerspruch dazu aus dem jüngsten Leistungscontrolling des Stadtrates, dass der Betrieb immer noch sehr harzig verlaufe. Was gelte nun? Die FDP möchte wissen, was in der Arbeitsvermittlung gut laufe und wo der Schuh drücke.

Gemeinderat Käppeli schliesst die Begründung seiner Interpellation mit Feststellungen zu den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.

Bei den Ergänzungsleistungen handle es sich um diejenigen staatlichen Beiträge, die AHV- und IV-Bezüger erhalten, falls die AHV- bzw. IV-Rente nicht ausreiche, um die notwendigen Lebenshaltungskosten tragen zu können.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Juni 2015

In Illnau-Effretikon hätten sich diese Ergänzungsleistungen in der Rechnung 2014 auf 9.2 Millionen Franken belaufen, was knapp 10 % der Gesamtausgaben der Stadt ausmache. Darüber hinaus leistete Illnau-Effretikon an besonders Bedürftige zusätzlich kommunale Gemeindegzuschüsse in der Gesamthöhe von vergleichsweise überschaubaren Fr. 135'000.-.

Der Stadtrat beabsichtige nun bekanntlich, die kommunalen Gemeindegzuschüsse ab 2017 zu streichen. Es handle sich dabei um den grössten Posten im stadträtlichen Sparpaket'17. Gemäss Käppeli habe man es bei diesem Posten mit einem ganz sensiblen Thema zu tun, betreffe die allfällige Streichung doch die Schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. Entsprechend sei diese Diskussion nicht einfach „fünf Minuten nach zwölf“ anlässlich der Budgetdebatte im Dezember 2016 zu führen. Käppeli erwarte vom Stadtrat vielmehr, dass er bezüglich der beabsichtigten Eliminierung der Gemeindegzuschüsse und allfällig weiterer Massnahmen im Bereich der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV in nächster Zeit eine separate Vorlage präsentiere. Der Stadtrat solle seine Überlegungen zu dieser heiklen Sparmassnahme gut begründet darlegen. Erst darauf gestützt, könne man im Parlament auf die Absicht des Stadtrates eintreten und sowohl die finanz- wie auch sozialpolitische Verantwortung wahrnehmen.

In diesem Sinne erwarte Käppeli samt FDP mit Interesse die stadträtliche Antwort auf die vorstehende Interpellation.

-----

*Der Ratspräsident* erkundigt sich in Anwendung von Art. 77 Abs. 2 GeschO GGR beim Stadtrat nach der gewünschten Beantwortungsmodalität.

-----

Namens des Ressorts Soziales gibt infolge Abwesenheit von Stadtrat Samuel Wüst, SP, dessen Stellvertreter *Mathias Ottiger, SVP*, bekannt, wonach der Stadtrat sich zur Ausarbeitung einer schriftlichen Antwort entschieden habe. Dem Stadtrat stehen dafür laut Art. 77 Abs. 3 GeschO GGR drei Monate ab Datum der Begründung zu (Frist bis 17. September 2015).

-----

Mitteilung durch Protokollauszug an:  
– Abteilung Soziales  
– Ratssekretariat (Geschäftsakten)

-----

**Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon**



Versandt am: 19.06.2015

ms